

Juristenausbildungsgesetz Nordrhein-Westfalen

Kommentar zum Gesetz über die juristischen Prüfungen
und den juristischen Vorbereitungsdienst
Nordrhein-Westfalen

von

Kai H. Teipel

Richter am Verwaltungsgericht, Arnsberg

und

Fabian Fischer

Richter am Verwaltungsgericht, Arnsberg

1. Auflage 2026

 **VERLAG
RECKINGER**

Zitiervorschlag: *Teipel* bzw. *Fischer*, in: *Teipel/Fischer*, JAG NRW, § 1 Rn. 1

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird in diesem Werk auf geschlechtsspezifische Schreibweisen verzichtet und stattdessen das generische Maskulinum verwendet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichermaßen für alle Geschlechteridentitäten.

1. Auflage 2026

ISBN 978-3-7922-0431-3

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten.

Dieses Werk, einschließlich aller seiner Teile, ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes (UrhG) ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen. Die Verlag W. Reckinger GmbH & Co. KG behält sich eine Nutzung ihrer Inhalte für kommerzielles Text- und Data-Mining (TDM) im Sinne von § 44b UrhG ausdrücklich vor.

© 2026 Verlag W. Reckinger GmbH & Co. KG, Luisenstr. 100 – 102, 53721 Siegburg
www.reckinger.de | info@reckinger.de

Druck: Druckerei Engelhardt GmbH, Neunkirchen-Seelscheid

Umschlaggestaltung: Huwer Grafik Design, Hürth

Satz: Cicero Computer GmbH, Bonn

§ 9 JAG NRW

Meldung

Der Antrag auf Zulassung zur staatlichen Pflichtfachprüfung ist an das Justizprüfungsamt zu richten. Ihm sind beizufügen:

1. ein Lebenslauf, in dem insbesondere auch der Werdegang in der Zeit zwischen der Erlangung der Hochschulreife und der Meldung zur staatlichen Pflichtfachprüfung dargelegt werden muss,
2. der Nachweis über das Bestehen der Zwischenprüfung,
3. eine Bescheinigung über den erfolgreichen Besuch einer fremdsprachigen rechtswissenschaftlichen Veranstaltung oder eines rechtswissenschaftlich ausgerichteten Sprachkurses,
4. eine Bescheinigung über die Ableistung der praktischen Studienzeit,
5. der Nachweis über die erfolgreiche Anfertigung von fünf schriftlichen Aufsichtsarbeiten und vier häuslichen Arbeiten, davon eine im Zivilrecht, im Strafrecht und im Öffentlichen Recht,
6. Bescheinigungen jeder besuchten Universität über die Aufnahme und die Beendigung eines Studiums sowie über Studienunterbrechungen und Studienfachwechsel und
7. die Versicherung, dass die Bewerberin oder der Bewerber die Zulassung bisher bei keinem anderen Justizprüfungsamt beantragt hat, oder die Angabe, wann und wo dies geschehen ist.

Die Beifügung von sonstigen Zeugnissen, die sich auf den Studiengang beziehen, oder von Arbeiten, die während der Studienzeit angefertigt worden sind, ist freigestellt.

Erläuterungen

- 1 Mit der Norm wird klargestellt, welche Unterlagen der Meldung zur staatlichen Pflichtfachprüfung beizufügen sind. Darüber hinausgehende Anforderungen können mangels gesetzlicher Grundlage in der Regel nicht gestellt werden. Soweit sich jedoch aus einer weiteren Vorschrift oder aus allgemeinen Regeln eine Beweislast für eine bestimmte Tatsache, beispielsweise im Rahmen von Anerkennungsvorschriften, ergibt, so sind die dafür erforderlichen Unterlagen ebenso beim Justizprüfungsamt einzureichen, da ohne sie eine sachgerechte Entscheidung nicht möglich wäre.
- 2 Eine Möglichkeit zum Dispens von den vorzulegenden Unterlagen sieht das Gesetz nicht vor. Sollten einige der Unterlagen, was kaum denkbar ist, in einem Einzelfall nicht erforderlich sein, so bleibt allenfalls die Möglichkeit, aus Verhältnismäßigkeitsgründen auf deren Vorlage zu verzichten.

§ 10 JAG NRW

Prüfungsabschnitte

(1) Die staatliche Pflichtfachprüfung besteht aus einem schriftlichen und einem mündlichen Teil; der schriftliche Teil geht dem mündlichen voraus. Die Justizprüfungsämter können festlegen, dass die schriftlichen Leistungen auch elektronisch erbracht werden können. Ab dem 1. Januar 2024 haben sie die Anfertigung der Aufsichtsarbeiten in elektronischer Form zu ermöglichen.

(2) Der schriftliche Teil besteht aus sechs Aufsichtsarbeiten. Die Aufgabenstellungen sind landesweit identisch. Drei Aufsichtsarbeiten sind dem Zivilrecht (§ 11 Abs. 2 Nrn. 1 bis 6), zwei Aufsichtsarbeiten sind dem Öffentlichen Recht (§ 11 Abs. 2 Nrn. 9 bis 14) und eine Aufsichtsarbeit ist dem Strafrecht (§ 11 Abs. 2 Nrn. 7 und 8), jeweils unter Einschluss der dazugehörenden Verfahrensrechte, zu entnehmen. Die Aufgaben können auch aus dem rechtsberatenden und rechtsgestaltenden anwaltlichen Tätigkeitsbereich gestellt werden. Sie sollen einen rechtlich und tatsächlich einfachen Fall betreffen, der dem Prüfling jedoch Gelegenheit gibt, seine Fähigkeit zur Erörterung von Rechtsfragen darzutun.

(3) Der mündliche Teil besteht aus einem Prüfungsgespräch. Das Prüfungsgespräch erstreckt sich auf die in § 11 genannten Gegenstände.

Erläuterungen

§ 10 verleiht der staatlichen Pflichtfachprüfung Struktur, indem die Norm die Prüfung in zwei Prüfungsabschnitte einteilt und deren Ablauf näher bestimmt. Es handelt sich dabei um den **mündlichen Teil** und den **schriftlichen Teil** der Prüfung, wobei letzterer den ersten Prüfungsabschnitt bildet (Abs. 1 Satz 1 Halbsatz 2). Aufgrund seiner prozentual höheren Gewichtung bei der rechnerischen Ermittlung der Gesamtnote der staatlichen Pflichtfachprüfung (vgl. § 18 Abs. 3 Satz 2) stellt der schriftliche Teil das Herzstück der Staatlichen Pflichtfachprüfung dar. Er besteht aus **sechs Aufsichtsarbeiten** (Abs. 2 Satz 1), die schriftlich anzufertigen sind. Schriftlich bedeutet in diesem Zusammenhang, dass die Aufsichtsarbeiten durch Schriftzeichen in einer Form verkörpert werden, die unmittelbar für Menschen lesbar ist. Dies setzt indes nicht mehr zwingend eine Niederschrift auf Papier voraus, nachdem der Landesgesetzgeber mit Abs. 1 Satz 2 und 3 der Vorschrift von der in § 5d Abs. 6 Satz 1 und 2 DRiG geregelten Ermächtigung Gebrauch gemacht hat, dass in den staatlichen Prüfungen schriftliche Leistungen auch elektronisch erbracht werden dürfen. Nach den Vorstellungen des Landesgesetzgebers soll dies den notwendigen ersten Schritt der perspektivisch anzustrebenden vollständig elektronischen Prüfung darstellen (LT-Drs. 17/13357, S. 80). Seit dem 1. Januar 2024 haben die Justizprüfungsämter des Landes die Anfertigung der Aufsichtsarbeiten in elektronischer Form (sog. **E-Klausuren**) zu ermöglichen. Ihnen steht damit kein Ermessen mehr in Bezug auf die Zulassung der elektronischen Form für die Anfertigung der Aufsichtsarbeiten zu. Sie sind vielmehr seither gesetzlich dazu verpflichtet, die hierfür notwendigen Voraussetzungen und Rahmenbedingungen zu schaffen. Dies umfasst insbesondere

§ 10 JAG NRW Prüfungsabschnitte

die Bereitstellung geeigneter Hard- und Software. Der Aufgabentext wird nach wie vor in Papierform ausgehändigt.

- 2 Der gesetzlichen Verpflichtung der Justizprüfungsämter des Landes, die Anfertigung der Aufsichtsarbeiten in elektronischer Form zu ermöglichen, steht – jedenfalls noch – ein **Wahlrecht der Prüflinge** gegenüber. Diese können die Aufsichtsarbeiten in elektronischer Form anfertigen, müssen dies jedoch nicht. Es ist auch weiterhin möglich, die Aufsichtsarbeiten handschriftlich anzufertigen. Eine behördliche Praxis im Stile einer „Widerspruchslösung“, bei der ein Schweigen als eine Entscheidung für die Anfertigung der Aufsichtsarbeiten in elektronischer Form gedeutet wird, erscheint im Hinblick darauf, dass bloßes Schweigen im Rechtsverkehr regelmäßig objektiv schon keine Handlung darstellt und deshalb nicht ohne Weiteres auf einen bestimmten Erklärungswert desselben geschlossen werden kann (vgl. Martens, in: MK-HGB, § 362 Rn. 2), jedenfalls ohne eine entsprechende vorangehende Belehrung der Prüflinge als bedenklich.
- 3 Absatz 2 konkretisiert die Ausgestaltung des schriftlichen Teils der staatlichen Pflichtfachprüfung. Er bestimmt, dass insgesamt sechs Aufsichtsarbeiten abzulegen sind und legt fest, dass davon zwingend drei Aufsichtsarbeiten aus dem Zivilrecht, zwei Aufsichtsarbeiten aus dem Öffentlichen Recht und eine Aufsichtsarbeit aus dem Strafrecht stammen müssen. Explizit eingeschlossen ist dabei das jeweilige Verfahrensrecht (Satz 3). Eine zwingende Reihenfolge, in der die Aufsichtsarbeiten zu stellen sind, ist damit nicht festgelegt. Nach Abs. 2 Satz 2 müssen die Aufgabenstellungen der Aufsichtsarbeiten aber landesweit identisch sein. Damit soll sichergestellt werden, dass trotz dreier unabhängiger Prüfungsämter (JPA Düsseldorf, JPA Hamm, JPA Köln), vgl. § 3 Abs. 1 Satz 2, stets im gesamten Geltungsbereich des JAG NRW zur selben Zeit dieselbe Aufsichtsarbeit geschrieben wird (LT-Drs. 17/13357, S. 80). Nur so kann landesweit Chancengleichheit zwischen den Prüflingen gewährleistet werden. Der inhaltliche Schwerpunkt des schriftlichen Teils der Prüfung liegt erkennbar im Bereich des Zivilrechts, was zum einen der Weitläufigkeit dieses Rechtsgebiets und zum anderen seiner praktischen Relevanz in den juristischen Berufen Rechnung trägt. Absatz 2 macht ferner nähere Angaben dazu, wie die in den Aufsichtsarbeiten zu stellenden Aufgaben ausgestaltet sein sollen. In Abs. 2 Satz 4 wird klargestellt, dass die Aufgaben auch aus dem rechtsberatenden und rechtsgestaltenden anwaltlichen Tätigkeitsbereich gestellt werden können. Damit können die Aufgaben neben der klassischen Erstellung von Rechtsgutachten insbesondere auch kautelarjuristische Fragestellungen beinhalten. Sie sollen nach Vorgabe von Abs. 2 Satz 5 einen in rechtlicher wie tatsächlicher Hinsicht einfach gelagerten Fall betreffen, wodurch dem Prüfling die Möglichkeit gegeben werden soll, seine Fähigkeit zur Erörterung von Rechtsfragen unter Beweis zu stellen. Die Fähigkeit zur Erörterung von Rechtsfragen schließt bereits nach dem herkömmlichen Wortsinn nicht nur die richtige Erfassung des Sachverhalts und das Erkennen rechtlicher Probleme, sondern insbesondere auch die argumentative Auseinandersetzung mit den Fragestellungen und Problemen des jeweiligen Falls ein. Betreffen die Aufgaben einen Fall, der einem echten Fall aus der Rechtsprechung nachempfunden ist, so ist dieser nicht allein deshalb in rechtlicher und tatsächlicher Hinsicht als schwierig (und da-

mit als ungeeigneter Prüfungsstoff) zu qualifizieren, wenn im echten Fall der Rechtszug durchlaufen oder gar der Rechtsweg erschöpft worden ist.

Absatz 3 betrifft den mündlichen Teil der staatlichen Pflichtfachprüfung. Die Norm 4 bestimmt, dass dieser aus einem **Prüfungsgespräch** besteht, welches sich auf die in § 11 (→ § 11 JAG NRW Rn. 2 f.) genannten Prüfungsgegenstände erstreckt. Es handelt sich in erster Linie um eine Verständnisprüfung (vgl. Bay. VGH, Beschluss vom 23. August 1999 – 7 ZB 99.1380 – BeckRS 1999, 22873). Eine feste Reihenfolge, in welcher die Rechtsgebiete im Prüfungsgespräch abgeprüft werden, regelt das Gesetz nicht. Nach Maßgabe von Art. 1 Nr. 9 Buchst. c Zweites Gesetz zur Änderung des Juristenausbildungsgesetzes Nordrhein-Westfalen vom 9. November 2021 ist der nach altem Recht erforderliche 12-minütige Vortrag aus einem der drei Rechtsgebiete nicht mehr Bestandteil der mündlichen Prüfung. Prüflinge, die sich ab dem 17. Februar 2025 (vgl. Art. 2 Abs. 1 Satz 1 Zweites Gesetz zur Änderung des Juristenausbildungsgesetzes Nordrhein-Westfalen) zur staatlichen Pflichtfachprüfung gemeldet und deren schriftlichen Teil erfolgreich absolviert haben, müssen keinen Vortrag mehr in der mündlichen Prüfung halten.

§ 11 JAG NRW

Gegenstände der Prüfung

(1) Die Gegenstände der staatlichen Prüfung sind die Pflichtfächer. Andere Rechtsgebiete dürfen nur insoweit zum Gegenstand der Prüfung gemacht werden, als lediglich Verständnis und Arbeitsmethode festgestellt werden sollen und Einzelwissen nicht vorausgesetzt wird.

(2) Pflichtfächer sind

1. aus dem Bürgerlichen Gesetzbuch einschließlich ausgewählter Nebengesetze:

- a) Buch 1 (Allgemeiner Teil) ohne Abschnitt 1, Titel 2, Untertitel 2,
- b) Buch 2 (Recht der Schuldverhältnisse), dabei Abschnitt 3 ohne die Regelungen zur Draufgabe, Abschnitt 8 ohne die Titel 2, 3 Untertitel 2 bis 4, Titel 5 Untertitel 5, Titel 7, 8 Untertitel 2, Titel 9 Untertitel 1 Kapitel 2 bis 4, Untertitel 2 bis 4, Titel 11, 12 Untertitel 3, Titel 15, 18, 19 und 25,
- c) im Überblick die Haftungsregelungen des Straßenverkehrsgesetzes sowie das Produkthaftungsgesetz,
- d) aus dem Buch 3 (Sachenrecht) die Abschnitte 1 bis 4, aus dem Abschnitt 7 das Recht der Hypothek und der Grundschuld sowie der Abschnitt 8 Titel 1,
- e) im Überblick aus dem Buch 4 (Familienrecht) aus dem Abschnitt 1 die Wirkungen der Ehe im Allgemeinen und das gesetzliche Güterrecht sowie aus dem Abschnitt 2 die Allgemeinen Vorschriften über die Verwandtschaft und die Elterliche Sorge beschränkt auf die Regeln der Vertretungsmacht und der beschränkten Elternhaftung,
- f) im Überblick aus dem Buch 5 (Erbrecht) der Abschnitt 1 (Erbfolge), aus dem Abschnitt 2 (Rechtliche Stellung des Erben) Titel 1, Titel 2 Untertitel 1, 3 und 4, Titel 3, aus Titel 4 ausschließlich die Haftungsbeschränkung der Miterben, der Abschnitt 3 (Testament) ohne Titel 6, der Abschnitt 4 (Erbvertrag), der Abschnitt 5 (Pflichtteil) sowie aus dem Abschnitt 8 (Erbschein) die Wirkungen des Erbscheins,

2. aus dem Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch im Überblick aus dem 1. Teil das 2. Kapitel (Internationales Privatrecht), aus der Verordnung Nummer 593/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht vom 17. Juni 2008 (Rom I) und aus der Verordnung Nummer 864/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Juli 2007 über das auf außervertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht (Rom II) die Regelungen zur Rechtswahl und zum anwendbaren Recht, soweit diese sich auf die unter Nummern 1 Buchstabe b und c und 6 genannten Schuldverhältnisse beziehen,

3. aus dem Handelsrecht im Überblick:

- a) aus dem 1. Buch des Handelsgesetzbuchs die Abschnitte 1 bis 5 (Kaufleute, Handelsregister, Handelsfirma, Prokura und Handlungsvollmacht), dabei aus dem Abschnitt 2 nur die Publizität des Handelsregisters,

- b) aus dem 4. Buch des Handelsgesetzbuchs die Abschnitte 1 und 2 (allgemeine Vorschriften über Handelsgeschäfte, Handelskauf) ohne die Regelungen zum Kontokorrent und zu den kaufmännischen Orderpapieren,
- 4. aus dem Gesellschaftsrecht im Überblick:
 - a) aus dem 2. Buch des Handelsgesetzbuchs die Abschnitte 1 und 2 (Offene Handelsgesellschaft, Kommanditgesellschaft),
 - b) aus dem Gesetz über die Gesellschaften mit beschränkter Haftung die Abschnitte 1 und 3 (Errichtung der Gesellschaft sowie Vertretung und Geschäftsführung),
- 5. aus dem Zivilverfahrensrecht im Überblick:
 - a) aus dem Erkenntnisverfahren:
gerichtsverfassungsrechtliche Grundlagen, Verfahren im ersten Rechtszug (ohne Wiederaufnahme des Verfahrens, Urkunden- und Wechselprozess, Familiensachen, Kindschaftssachen und Unterhaltssachen), Verfahrensgrundsätze, Prozessvoraussetzungen, Arten und Wirkungen von Klagen und gerichtlichen Entscheidungen, Beweisgrundsätze,
 - b) aus dem Vollstreckungsverfahren:
allgemeine Vollstreckungsvoraussetzungen und Arten der Zwangsvollstreckung einschließlich der Rechtsbehelfe nach den §§ 766, 767, 771 der Zivilprozessordnung,
- 6. aus dem Arbeitsrecht im Überblick: Inhalt, Begründung und Beendigung des Arbeitsverhältnisses, Leistungsstörungen und Haftung im Arbeitsverhältnis einschließlich der zugehörigen Regelungen aus dem Tarifvertrags- und Betriebsverfassungsrecht sowie dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz,
- 7. aus dem Strafgesetzbuch:
 - a) der Allgemeine Teil mit Ausnahme des 3. Abschnittes, Titel 1, 2, 4, 5, 6 (ohne die Entziehung der Fahrerlaubnis) und 7 und des 5. Abschnittes, Titel 2,
 - b) aus dem Besonderen Teil:
 - aus dem 6. Abschnitt (Widerstand gegen die Staatsgewalt): Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte und tätlicher Angriff auf Vollstreckungsbeamte,
 - aus dem 7. Abschnitt (Straftaten gegen die öffentliche Ordnung): Hausfriedensbruch, Unerlaubtes Entfernen vom Unfallort, Vortäuschen einer Straftat,
 - der 9. Abschnitt (Falsche uneidliche Aussage und Meineid),
 - der 10. Abschnitt (Falsche Verdächtigung),
 - der 14. Abschnitt (Beleidigung),
 - aus dem 15. Abschnitt (Verletzung des persönlichen Lebens- und Geheimbereichs): Verletzung der Vertraulichkeit des Wortes, Verletzung des Briefgeheimnisses, Ausspähen von Daten,
 - aus dem 16. Abschnitt (Straftaten gegen das Leben): Mord, Totschlag, minder schwerer Fall des Totschlags, Tötung auf Verlangen, Aussetzung, Fahrlässige Tötung,

- der 17. Abschnitt (Straftaten gegen die körperliche Unversehrtheit),
 - aus dem 18. Abschnitt (Straftaten gegen die persönliche Freiheit): Freiheitsberaubung, erpresserischer Menschenraub, Geiselnahme, Nötigung, Bedrohung,
 - der 19. Abschnitt (Diebstahl und Unterschlagung),
 - der 20. Abschnitt (Raub und Erpressung),
 - aus dem 21. Abschnitt (Begünstigung und Hehlerei): Begünstigung, Strafvereitelung, Strafvereitelung im Amt, Hehlerei,
 - der 22. Abschnitt (Betrug und Untreue) ohne Subventionsbetrug, Kapitalanlagebetrug, Kreditbetrug sowie Vorenthalten und Veruntreuen von Arbeitsentgelt,
 - aus dem 23. Abschnitt (Urkundenfälschung): Urkundenfälschung, Fälschung technischer Aufzeichnungen, Fälschung beweiserheblicher Daten, Täuschung im Rechtsverkehr bei Datenverarbeitung, mittelbare Falschbeurkundung, Urkundenunterdrückung,
 - aus dem 27. Abschnitt (Sachbeschädigung): Sachbeschädigung, gemein-schädliche Sachbeschädigung,
 - aus dem 28. Abschnitt (Gemeingefährliche Straftaten): Brandstiftungsdelikte, Gefährliche Eingriffe in den Straßenverkehr, Gefährdung des Straßenverkehrs, verbotene Kraftfahrzeugrennen, Trunkenheit im Verkehr, Räuberischer Angriff auf Kraftfahrer, Vollrausch, Unterlassene Hilfeleistung,
 - aus dem 30. Abschnitt (Straftaten im Amt): Bestechungsdelikte, Körperverletzung im Amt, Falschbeurkundung im Amt,
8. aus dem Strafverfahrensrecht im Überblick: Verfahrensgrundsätze und verfassungsrechtliche Bezüge des Strafprozessrechts, allgemeiner Gang des Ermittlungs- und Strafverfahrens, Rechtsstellung und Aufgaben der wesentlichen Verfahrensbeteiligten, erstinstanzliche gerichtliche Zuständigkeit und weiterer Instanzenzug, Zwangsmittel (davon lediglich körperliche Untersuchung Beschuldigter, Verhaftung und vorläufige Festnahme, Durchsuchung und Beschlagnahme), Beweisrecht (Arten der Beweismittel, Beweisantragsrecht, Beweisverbote), Rechtskraft,
 9. Staatsrecht ohne Verteidigungsfall, Finanzverfassungs- und Notstandsverfassungsrecht,
 10. aus dem Verfassungsprozessrecht im Überblick: Verfassungsbeschwerde, abstrakte und konkrete Normkontrollverfahren, Organstreitverfahren, Bund-Länder-Streitigkeiten, einstweiliger Rechtsschutz,
 11. aus dem Europarecht im Überblick: Rechtsquellen der Europäischen Union, die Grundfreiheiten des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union und ihre Durchsetzung, Entwicklung, Organe, Kompetenzen und Handlungsformen der Europäischen Union, Verhältnis des Unionsrechts zum nationalen Recht einschließlich dessen Umsetzung, aus dem Rechtsschutzsystem des Unionsrechts: Vertragsverletzungs- und Vorabentscheidungsverfahren,

12. allgemeines Verwaltungsrecht, einschließlich im Überblick des Rechts der öffentlichen Ersatzleistungen und des Verwaltungsvollstreckungsrechts, allgemeines Verwaltungsverfahrenrecht einschließlich des Verwaltungszustellungsgesetzes mit Ausnahme der besonderen Verwaltungsverfahren,
 13. aus dem besonderen Verwaltungsrecht,
 - a) Polizei- und Ordnungsrecht ohne die in den §§ 14a bis 33c Polizeigesetz des Landes Nordrhein-Westfalen enthaltenen Regelungen sowie im Überblick das Versammlungsrecht,
 - b) Kommunalrecht im Überblick mit Ausnahme des Kommunalwahl- und Kommunalabgabenrechts, des Haushaltsrechts sowie der Vorschriften aus der Gemeindeordnung über das Gemeindegebiet, die Bezirke und Ortschaften und den Verwaltungsvorstand und die Gemeindebediensteten,
 - c) aus dem Baurecht im Überblick: Bauleitplanung, Sicherung der Bauleitplanung beschränkt auf die Veränderungssperre, bauplanungsrechtliche Zulässigkeit von Bauvorhaben einschließlich der Regelungen der Baunutzungsverordnung hierzu und Planerhaltung sowie das Bauordnungsrecht mit Ausnahme der technischen Vorschriften,
 14. aus dem Verwaltungsprozessrecht im Überblick: Zulässigkeit des Verwaltungsrechtswegs, Sachentscheidungsvoraussetzungen, Klagearten, Vorverfahren, vorläufiger Rechtsschutz, gerichtlicher Prüfungsumfang, gerichtliche Entscheidungen.
- (3) Zu den Pflichtfächern gehören ihre europarechtlichen Bezüge unter besonderer Berücksichtigung des Verhältnisses des europäischen Rechts zum nationalen Recht sowie ihre Bezüge zur Europäischen Menschenrechtskonvention, ihre philosophischen, insbesondere auch ethischen, geschichtlichen und gesellschaftlichen Grundlagen sowie die rechtswissenschaftlichen Methoden und die Methoden der rechtsberatenden Praxis.
- (4) Soweit Kenntnisse „im Überblick“ verlangt werden, müssen einem Prüfling lediglich die gesetzliche Systematik, die wesentlichen Normen und Rechtsinstitute ohne vertiefte Kenntnisse von Rechtsprechung und Literatur bekannt sein.

Erläuterungen

§ 11 legt die **Prüfungsgegenstände** und somit den zulässigen Prüfungsstoff der staatlichen Prüfung fest. Dies ist verfassungsrechtlich geboten, weil die Leistungsanforderungen der staatlichen Prüfung aufgrund des mit ihr verbundenen Eingriffs in die Berufswahlfreiheit der Prüflinge nach Art. 12 Abs. 1 GG (vgl. BVerfGE 37, 342, 352; 79, 212, 218) einer gesetzlichen Grundlage bedürfen (vgl. BVerfGE 80, 1, 24; BVerfG, Beschluss vom 17. April 1991 – 1 BvR 419/81 – BVerfGE 84, 34 – 58, Rn. 37). 1

Nach Abs. 1 sind nur die **Pflichtfächer** Prüfungsgegenstände, wobei dies nicht ausschließt, dass auch andere als die in § 11 Abs. 2 genannten Rechtsgebiete Prüfungsgegenstand werden können. Dies ist jedoch nur nach Maßgabe der Voraussetzungen von Abs. 1 Satz 2 zulässig. Danach darf im Hinblick auf diese anderen Rechts- 2

§ 11 JAG NRW Gegenstände der Prüfung

gebiete kein Einzelwissen als bekannt vorausgesetzt, d. h. kein rechtsgebietspezifisches Detailwissen für die Lösung der Prüfungsaufgaben verlangt werden. Andere als die in § 11 Abs. 2 genannten Rechtsgebiete sollen vielmehr nur dann zulässiger Prüfungsstoff der staatlichen Prüfung sein, wenn es darum geht, Verständnis (d. h. Normverständnis) und Arbeitsmethode (d. h. insbesondere Anwendung der juristischen Auslegungsmethoden) der Prüflinge festzustellen.

- 3 Absatz 2 benennt die vierzehn Pflichtfächer im Einzelnen, wobei jedoch teilweise nur **Kenntnisse „im Überblick“** verlangt werden (z. B. Abs. 2 Buchst. c). Absatz 4 stellt hierzu klar, dass dies bedeutet, dass dem Prüfling in einem solchen Fall lediglich die gesetzliche Systematik, die wesentlichen Normen und Rechtsinstitute ohne vertiefte Kenntnisse von Rechtsprechung und Literatur bekannt sein müssen. Gesetzliche Systematik ist zunächst im Allgemeinen die Gliederung und das Normkonzept des jeweiligen Gesetzes, beinhaltet aber auch das Verhältnis der Normen untereinander und zu anderen Rechtsnormen. Die wesentlichen Normen und Rechtsinstitute eines Rechtsgebietes sind wiederum die hierfür zentralen Rechtsvorschriften (z. B. Generalklauseln oder allgemeine Bestimmungen) und Rechtseinrichtungen (z. B. Sicherungsübereignung, Güterstand, Beamtentum) (vgl. zum Begriff des Rechtsinstituts Fuchs, in: Weber, Rechtswörterbuch, Stichwort: Rechtsinstitut). Aus dem Wortlaut der Norm kann indes nicht geschlossen werden, dass überhaupt keine Kenntnisse von Rechtsprechung und Literatur vorhanden sein müssen. Eine verfassungskonforme Auslegung dahingehend, dass nur Kenntnisse der gesetzlichen Grundstrukturen verlangt werden dürfen, ist zur Gewährleistung der Berufsfreiheit aus Art. 12 Abs. 1 GG nicht erforderlich (OVG NRW, Beschluss vom 23. Juli 2019 – 14 A 354/19 – NJW 2020, 561, Rn. 4).
- 4 Absatz 3 konkretisiert näher, in welchem Umfang Kenntnisse der in Abs. 2 genannten Pflichtfächer vorausgesetzt werden. Korrespondierend mit dem Zweck der Prüfung, vgl. § 2 Abs. 2, sind nicht allein spezifische Rechtskenntnisse Prüfungsgegenstand, sondern ebenso z. B. auch die europarechtlichen, wirtschaftlichen und politischen Bezüge und gesellschaftlichen Grundlagen des Rechts.

Stichwortverzeichnis

Die fettgedruckten Zahlen verweisen auf die Paragraphen des JAG NRW, die mageren Zahlen auf die Randnummern.

- Abbruch **20** 8
- akademischer Grad **56** 4
- Aktenvortrag
 - Aufgabenstellung **51** 4
 - Dauer **51** 3
 - Nachteilsausgleich **51** 3
 - Zeitverlängerung **51** 3
- Anfechtungsklage **20** 10; **27** 1
- Anonymisierung **27** 4
- Anonymität **14** 4
- Anrechnung **63** 2 ff.
- Arbeitsgemeinschaft **43** 1 ff.
 - Ausbilder **44** 1
 - Gesamtgruppengröße **43** 2
 - Gesamtstundenzahl **43** 4
 - Leitung **44** 1
 - Teilnahmepflicht **45** 1 ff.
 - Teilzeitbeschäftigung **43a** 1
- Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung **21** 5
- Assessor **61** 1
- Aufbewahrungsfristen **64** 1
- Aufsichtsarbeiten
 - Bearbeitungsvermerk **51** 2
 - Bewertung **14** 1
 - Chancengleichheit **10** 3
 - E-Klausuren **10** 1
 - elektronische Form **10** 2
 - Erlass der Anfertigung **24** 4
 - Prüfungsablauf **13** 7
 - Wahlrecht **10** 2
 - zeitliche Rahmenbedingungen **13** 2
 - Zeitpunkt **53** 1
- Aufsichtspersonal **13** 6
- Ausbildungsmonopol **8** 4
- Ausbildung **7** 3
 - in der Praxis **41** 1
 - Leitung **33** 1 ff.
 - Unterstützung durch Behördenleiter **33** 2
 - Zuweisung **34** 1 ff.
- Ausbildungsbezirke **34** 3 f.
- Ausbildungslehrgänge **37** 1
- Ausbildungsmonopol **1** 1
- Ausbildungsstellen
 - ausländische ~ **35** 6
 - überstaatliche ~ **35** 6
 - zwischenstaatliche ~ **35** 6
- Ausbildungsverhältnis **30** 11
 - Beendigung **31** 1 ff.
 - Entlassung auf Antrag **31** 4
 - Entlassung von Amts wegen **31** 5 ff.
- Ausbildungsziel **39** 1
- Beamtenverhältnis auf Widerruf **30** 2
- Befähigung
 - Richteramt **1** 1
 - Verwaltungsdienst **1** 2
- Beurteilungen **46** 2
- Beweisführung **22** 3
- Bewerber **8** 1
 - Meldung **6** 2
 - Zulassung **7** 1
- Bewertung
 - Mitteilung **14** 5
- Bewertungsspielraum **14** 2
- Blockversagen **20** 2; **57** 2
- Bologna-Prozess **28** 1
- Chancengleichheit **13** 2; **17** 1; **21** 1

Stichwortverzeichnis

- Datenspeicherung **64** 2
- Datenverarbeitung **64** 1
- Dauerleiden **13** 2
- Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften **46** 8
- Dienstunfähigkeit **31** 10 ff.
- Durchsuchung **22** 9

- Einführungslehrgänge **37** 2
- Eingriffsverwaltung **27** 2
- Einheitsjurist **7** 3; **39** 1
- Einsichtnahmerecht **23** 1
- Einwendungen
 - Präklusion **60** 1
- Einzelnotenbescheinigung **29** 4
- Entlassungsentscheidung
 - Zuständigkeit **31** 14
- Entschuldigungsgründe **21** 3, 5
- Ergänzungsvorbereitungsdienst **57** 1
- Erwartungshorizont **14** 2

- Fernstudium **7** 2
- Freiversuch **25** 1 ff.

- Gebühren **65** 1
- Gesamtbewertung
 - Berechnung **18** 4
- Gesamtnote
 - Abweichung **56** 4
 - Berechnung **56** 3
- Gnadenversuch **59** 1

- Härtefallregelung **18** 5; **22** 8
- Hilfsmittel
 - unzulässige ~ **22** 3

- Identitätstäuschung **22** 3

- Justizprüfungsamt
 - Erprobung **4** 4
 - Landesjustizprüfungsamt **3** 2
 - Lehre **4** 3
 - Mindestbesetzung **3** 2
 - Mitglieder **4** 1 ff.
 - Oberlandesgericht Düsseldorf **3** 1
 - Oberlandesgericht Hamm **3** 1
 - Oberlandesgericht Köln **3** 1
 - Prüfer **4** 4
 - Prüfungsbetrieb **6** 4
 - Vorsitzende **4** 2
 - Zeugnisse **3** 3
 - Zuständigkeit **3** 3; **6** 1, 4
- Justizunrecht **2** 3

- Kennziffer **13** 4
- Klage **60** 1

- Landesamt für Besoldung und Versorgung **7** 1
- Landesjustizprüfungsamt
 - Aufbau **48** 1 ff.
 - Aufsicht **48** 3
 - Mitglieder **49** 1
 - Mittel **48** 1 ff.
 - Präsident **48** 1 ff.; **49** 1
- Lehrfreiheit **28** 2
- Leistungsklage **46** 3
- Leistungsverwaltung **27** 2

- Meldung **50** 2
- Mündliche Prüfung
 - Teilnahme **48** 2
- mündliche Prüfung **15** 1; **50** 1; **55** 1
 - Beteiligungserfordernis **15** 9

- Bewertungsfehler **15 9**
- Fairnessgebot **15 9**
- Gruppenprüfung **15 7**
- Öffentlichkeit **15 10**
- Ordnung **15 5**
- Prüfungsgespräch **15 7**
- Verfahrensfehler **15 7, 9**
- Vorgespräch **15 6**
- Vorsitz **15 4**
- Zeitdauer **15 7**

Musterlösung **23 3**

Nachteilsausgleich

- ADHS **13 2**
- Assistenzkraft **13 2**
- Autismus-Spektrum-Störung **13 2**
- Gesundheitsnachweis **13 3**
- Legasthenie **13 2**
- Long-Covid **13 2**
- Migräne **13 2**
- Prüfungsstress **13 2**
- Schreibpausen **13 2**
- Schreibzeitverlängerung **13 2**
- Vorleseprogramm **13 2**

Neutralitätsgebot **40 1**

Nichtabgabe **21 2**

Nichtbestehen **59 2**

Nichterscheinen **20 5**

Notenbezeichnung

- Berichtigung von Amts wegen **18 6**

Notenverbesserung **26 1; 56a 1**

- Gebühr **2a 1**
- Gebühren **2 1 ff.; 65 1**

ordnungswidriges Verhalten **22 1**

Pflichtfachprüfung

- Befreiung von Zulassungsvoraussetzungen **63 8**
- Hilfsmittel **13 5**

- Meldung **9 1**
- mündlicher Teil **10 1, 4**
- Prüfungsabschnitte **10 1**
- schriftlicher Teil **10 1**
- Vorbereitung **7 2**
- Vortrag **10 4**
- zugelassene ~ **13 5**

Pflichtverletzung **31 9**

Präklusionsfrist **27a 2**

Protokoll **19 1 ff.**

- Beweiskraft **19 3**
- Unterschrift **19 3**
- wesentliche Bestandteile **19 2**

Prüfer

- Unabhängigkeit **5 1; 27 3; 48 2**
- Weisungen **5 1**
- Weisungsrecht **5 2**

Prüferbestellung

- Pensionierung **4 6**

Prüfungsabschnitte **2 1 ff.**

- Pflichtfachprüfung **2 2**
- Schwerpunktbereichsprüfung **2 2**

Prüfungsamts-Hopping **24 3**

Prüfungsanonymität **14 3**

Prüfungsausschuss

- Abstimmungen **16 1**
- Besetzung **15 2**
- Entscheidungsbefugnis **16 1**
- Vorberatung **16 2**

Prüfungsbehörde

- Anerkennung **7 4**
- Anrechnung **7 4**
- Ermessen **7 4**
- Gleichartigkeitsprüfung **7 4**

Prüfungsgegenstände

- Kenntnisse im Überblick **11 3**
- Pflichtfächer **11 2**
- zulässiger Prüfungsstoff **11 1**

Prüfungsgespräch **10 4; 51 3, 5**

- Bewertung **16 3**
- Dauer **55 1**

Stichwortverzeichnis

- Prüfungsnoten
 - Einzelnoten **17 1**
 - Gesamtbewertungen **17 3**
 - Gesamtnoten **17 1**
- Prüfungsunfähigkeit **20 4**
 - Parallelwertung **20 7**
 - Unverzüglichkeit der Geltendmachung **20 7**
- Prüfungsverfahren
 - Sperrwirkung **50 5**
- Prüfungszweck
 - Eignung **2 3**
 - Studienziel **2 3**
- Querkorrektur **14 3**
- Rechtsbehelfsbelehrung **20 9; 21 3**
- Referendar
 - Dienstbezeichnung **30 4**
 - dienstrechtliche Stellung **32 1**
 - Dienstvorgesetzter **32 2**
 - vorgesetzte Personen **32 4**
- Regelstudienzeit **1 3**
- Repetenten-Arbeitsgemeinschaft **57 2**
- Rücktritt **20 7**
- Rüge **13 7**
- Rügeobliegenheit **27a 1**
- Sanktionsmaß
 - besonders schwerer Fall **22 7**
 - minder schwerer Fall **22 8**
- Sanktionsnorm **20 3; 21 2; 22 1**
- Scheinausbildung **42 2**
- Schlussentscheidung **18 1 ff.**
 - Gesamtbeurteilung **18 4**
 - ohne mündliche Prüfung **20 1**
 - Verkündung **18 7**
- Soft Skills **39 2**
- soziale Härte **34 6**
- Speyer **35 7; 46 8**
- Stichentscheid **14 3**
- Störungen
 - Aufgabentext **13 7**
 - Baulärm **13 7**
 - Hilfsmittelkontrolle **13 7**
- Studienzeit **8 1 ff.**
 - Bewertung **8 5**
- Tauschstation **42 2**
- Täuschungsversuch **22 3**
- Überdenkungsverfahren **14 3; 27 2**
- universitäre Prüfung **28 1**
- Unterhaltsbeihilfe **1 1 ff.; 2 1; 32 5**
 - Höhe **1 3**
 - Kürzung **5 1**
 - Rückforderung **6 1 ff.**
- Unwürdigkeit
 - Freiheitsstrafe **30 12**
 - Straftat **30 12**
- Verbesserungsversuch **56a 1**
 - Verzicht **56a 2**
- Verfahrensfehler **13 7**
- Verhältnismäßigkeit **22 4**
- Verpflichtungsklage **27 1; 38 4; 45 3**
- Versagung
 - Betreuer **30 16**
 - Haft **30 13**
- Versagungsgründe **31 7 f.**
- vertieftes wissenschaftliches Arbeiten **2 3**
- Vertrauensschutz **22 10**
- Vier-Augen-Prinzip **14 3**
- Vorbereitungsdienst **30 8, 10**
 - Aufgabenwahrnehmung **40 1 ff.**
 - Aufnahme **30 1 ff.**

- Ausbildungsstationen **35** 1 ff.
- Beendigung **50** 4
- Dauer **35** 2; **35a** 1 ff.
- Freistellung **35b** 2
- Pflichtstationen **35** 3
- Sonderurlaub **32** 8
- Stationsreihenfolge **35** 4
- Stationssplitting **35** 5
- Teilzeit **32a** 1 ff.
- Unterbrechung **38** 3; **50** 4
- Verlängerung **35b** 1; **38** 1
- Wahlstation **35** 3
- Wohnortwechsel **35** 9
- Vorerfahrungen **63** 1
- Vorverfahren **27** 2

- Wahlrecht **35** 5; **35b** 1
- Wahlstation **36** 1
- Widerspruch **60** 1
- Widerspruchsverfahren
 - Gebühren **3** 1 ff.
- Wiedereinstellung **31** 13
- Wiederholungsprüfung **27** 5; **56a** 1;
57 2; **58** 1; **59** 1
 - Verbesserung **26** 2
- Wiederholungsversuch **24** 1

- Zeugnis **46** 1 ff.
 - amtsärztliches **51** 3
 - amtsärztliches ~ **13** 3; **21** 5; **25** 3
 - Aushändigung **22** 10
 - erste Prüfung **29** 2
- Zusatzvergütung **3** 1 ff.
 - Abzug **3** 2
- Zuweisung **41** 2 ff.
- Zweierbewertung **14** 3
- Zweitbewertung **14** 3
- Zweite Staatsprüfung
 - Gesamtnote **56** 3
 - mündliche Prüfung **51** 3
 - mündlicher Teil **51** 1
 - Pflichtfächer **52** 2
 - Prüfungsabschnitte **51** 1
 - Prüfungsentscheidung **56** 1
 - Prüfungsgegenstände **52** 1
 - Prüfungsnote **56** 1
 - Prüfungszweck **47** 1
 - Punktwert **56** 3
 - schriftlicher Teil **51** 1
 - Zeugnis **56** 1
 - Zulassung **50** 3
- Zwischenentscheidung
 - ohne mündliche Prüfung **21** 1